

Postwachstum | Degrowth

Seit der Finanzkrise 2008 erlebt die wachstumskritische Bewegung in Europa wieder einen Aufschwung. Seit her sind viele Bücher und Artikel darüber erschienen, zahlreiche Veranstaltungen fanden statt und auch die Wissenschaft beschäftigt sich zunehmend mit der Frage, wie eine Gesellschaft ohne Wachstumsimperativ aussehen kann. Wachstumskritik sowie die Konzeption zukünftiger Postwachstumsökonomien finden sich an den verschiedenen Orten unter unterschiedlichen Namen wieder. Bekannte Schlagworte sind u.a. Décroissance/Degrowth, Postwachstum, Steady-State-Ökonomie, Donut-Ökonomie oder auch Wohlstand ohne Wachstum.¹

Im deutschsprachigen Raum wird die Wachstumskritik vornehmlich unter den Schlagworten Postwachstum oder Degrowth geführt. Hinter diesen beiden Begriffen steht eine wachsende Bewegung von Zivilgesellschaft und WissenschaftlerInnen, die an einer Vision für eine Wirtschaft ohne Wachstum arbeiten bzw. eine solche praktizieren. Die Begriffe stehen also für Vision und Bewegung zugleich, wobei sich die AkteurInnen oft selbst nicht explizit als AkteurInnen von Postwachstum/Degrowth verstehen. Vielmehr zielen sie mit ihren Forderungen für ein konkretes Thema oder Projekt indirekt auf die Anliegen von Postwachstum oder Degrowth ab (z.B. Projekte Solidarischer Ökonomie). Die Bewegung zeichnet sich durch ihre Vielfältigkeit aus. Dadurch gibt es keine einheitliche Definition der Begriffe und kein einheitliches Verständnis darüber, wie eine Wirtschaft ohne Wachstum aussehen kann und wie der Wandel genau vonstattengehen soll.

Postwachstum

Unter dem Schlagwort Postwachstum sammelt sich im deutschsprachigen Raum ein vielgestaltendes Feld von Positionen – mit unterschiedlichen Visionen, Argumenten und Forderungen. Matthias Schmelzer, Wissenschaftler der Universität Jena, identifizierte fünf Ansätze².

1. Die **konservative** Wachstumskritik sieht die Schrumpfung der Wirtschaft als unvermeidliches Schicksal moderner Industriegesellschaften und plädiert für einen Wertewandel, Verzicht und eine Entlastung der Sozialsysteme durch einen Abbau des

Sozialstaates, mehr Eigenverantwortung, Spenden statt Umverteilen und eine Stärkung von Familie und patriarchaler Arbeitsteilung. (AkteurInnen des Wandels: KonsumentInnen, PolitikerInnen)

2. Der den Umweltverbänden nahestehende **sozialreformerisch** Ansatz stuft die politische Fixierung auf das Wirtschaftswachstum ökologisch und moralisch falsch ein und fordert stattdessen einen Umbau von wachstumsabhängigen Institutionen, wie etwa Arbeit oder Finanzsysteme. Ökologische Steuern sind dabei ein wichtiges Instrument. (AkteurInnen des Wandels: PolitikerInnen, Zivilgesellschaft)
3. Der **suffizienz-orientierte** Ansatz hält eine grundlegende Abkehr vom Wachstum für unumgänglich und erstrebenswert, wenn ökologische Ziele ernst genommen werden und globale Klimagerechtigkeit keine Utopie bleiben soll. Geprägt hat diesen Ansatz Niko Paech mit seinem **Modell einer Postwachstumsökonomie**, das eine individuelle Strategie der Suffizienz mit einem radikalen Rückgang der Fremdversorgung zugunsten regionaler und lokaler Ökonomien, Selbstversorgung und Eigenproduktion kombiniert (AkteurInnen des Wandels: ProsumentInnen, alternative Projekte z.B. Transition Towns).
4. Die **kapitalismuskritische** Wachstumskritik sieht in der kapitalgetriebenen Akkumulation und der kontinuierlichen Kommodifizierung zunehmender Lebensbereiche durch Privatisierungen und der Ausdehnung von Märkten die Ursachen für die gegenwärtigen multiplen Krisen. Zu deren Forderungen zählen u.a. Commons (Allmende/Gemeingut), solidarische Ökonomie und Klimagerechtigkeit und Instrumente wie Arbeitszeitverkürzung, Grund- und Maximaleinkommen (AkteurInnen des Wandels: Soziale Bewegungen, Klimacamps, Gewerkschaften, alternative Projekte).
5. Der **feministische** Ansatz bringt die Subsistenzperspektive in die Postwachstumsdiskussion ein und hebt die Bedeutung von Commons, lokaler Ökonomie und nicht-monetärer Subsistenz hervor (AkteurInnen des Wandels: Soziale Bewegungen; kleinbäuerliche Subsistenzbetrieb).

¹ Wichtige DenkerInnen: Giorgos Kallis (In defense of degrowth, 2018), Niko Paech (Befreiung vom Überfluss, 2012), Herman E. Daly (Steady-State Economics, 1977), Kate Raworth (Doughnut Economics, 2017) und Tim Jackson (Wohlstand ohne Wachstum, 2009).

² Schmelzer, Matthias (2014)

Degrowth

Neben Postwachstum wurde in den letzten Jahren auch der internationale Begriff Degrowth im deutschsprachigen Raum populär. Die AkteurInnen sind vielfältig – gemein ist ihnen, dass sie das in unserer Gesellschaft tief verankerte Imperativ des kapitalistischen Wirtschaftswachstums als Ursache für die gegenwärtigen Krisen sehen und dass deren Bewältigung einen ganzheitlichen gesellschaftlichen Wandel braucht. Degrowth als Vision ist nicht gleichzusetzen mit wirtschaftlichem Kollaps oder Krise. Stattdessen ist es ein Prozess einer radikalen Transformation hin zu sozial- und ökologisch nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen. Degrowth zielt auf eine Reduktion von Produktion und Konsum auf ein global gerechtes und nachhaltiges Niveau ab. Während AnhängerInnen des **Ökodomernismus** glauben, dass aktuelle Produktions- und Konsumgewohnheiten durch Techno-Fixes und Effizienzsteigerungen aufrechterhalten werden können und dabei die Integrität von Ökosystemen intakt gehalten werden kann, fordert Degrowth eine Schrumpfung der Wirtschaft. Es steht u.a. für eine Re-lokalisierung der Wirtschaft, eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Ressourcen, neue demokratischere Institutionen und soziale und technische Innovationen. Degrowth setzt auf einen kulturellen Wandel – weg vom materiellen Konsum hin zum konvivialen, suffizienten Leben („living better with less“).

Wirtschaftswachstum: Ressourcenverbrauch, Verteilung, Gerechtigkeit

In den vergangenen 70 Jahren war das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) das übergeordnete wirtschaftliche Ziel europäischer Staaten. Mit dem Wachsen der Volkswirtschaften haben aber die negativen Auswirkungen des Wirtschaftens auf die Umwelt weiter zugenommen. Während die gängigen Antworten darauf Visionen von „qualitativem“, „nachhaltigem“, „grünem“, „dematerialisiertem“ oder „dekarbonisiertem“ Wachstum sind, grenzt sich die Postwachstums- und Degrowthbewegung davon ab. Denn diese Wachstumsansätze implizieren, dass sich Wirtschaftswachstum mit Hilfe technischer Innovationen von Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung entkoppeln lässt (absolute Entkopplung). Es gäbe aber aufgrund von Rebound-Effekten keine Anzeichen, dass diese in einem Ausmaß stattfinden, wie es tatsächlich notwendig wäre³.

Wie sehr der Ressourcenverbrauch zusammen mit dem Wirtschaftswachstum gestiegen ist, zeigt Abbildung 1. Während in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch erneuerbare Biomasse (grüne Fläche) bei relativ

geringem Wirtschaftswachstum (GDP, schwarze Kurve) dominierte, stieg ab den 1950er Jahren der Materialverbrauch und das Wirtschaftswachstum rasant an. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewannen v.a. Baumineralien (blaue Fläche) und fossile Energieträger (orange Fläche) an zentraler Bedeutung und bedingten das Wirtschaftswachstum wesentlich mit. Der hohe Verbrauch dieser natürlichen Ressourcen sowie der damit verbundenen Emissionen, Abfallprodukte und Landnutzungsänderungen haben zu einem **Überschreiten der planetaren Grenzen**⁴ geführt, die eine Gefährdung der Stabilität globaler Ökosysteme signalisieren und somit der Menschheit die existentielle Lebensgrundlage entziehen.

Wirtschaftswachstum wird nicht nur aus ökologischer Sicht problematisch gesehen, sondern auch aus **sozialer Perspektive**. Global gesehen, genießen nur etwa ¼ der Weltbevölkerung diesen ressourcen-intensiven Lebensstil wie er in Europa gelebt wird. Die sozialen Kosten tragen aber vielfach aufgrund ausgelagerter Produktion die Länder des Globalen Südens. Dies wirft Fragen von **globaler Gerechtigkeit und Verteilung** sowie Verantwortung für die Folgen **ausgelagerter Umweltschäden** auf („**Externalitäten**“). Gleichzeitig hat aber auch die Ungleichheit innerhalb der reichen Länder zugenommen. Laut einer Studie der OECD aus 2015⁵ liegt in den meisten OECD-Ländern das Gefälle zwischen Arm und Reich auf seinem höchsten Stand seit 30 Jahren. Heute verdienen in OECD-Ländern die reichsten 10% der Bevölkerung rund 10x so viel wie die ärmsten 10%. In den 1980er Jahren lag dieses Verhältnis bei 7:1 und stieg auf 8:1 in den 1990ern und 9:1 in den 2000ern. Die wachstumskritische Bewegung plädiert daher für eine gerechtere Verteilung der Einkommen und des Reichtums.

Wachstumskritik: Kein neues Phänomen

Kritik an der Doktrin des Wirtschaftswachstums und dessen Folgen für Mensch und Umwelt ist nicht neu. Es gibt sie **seit den 1970er Jahren** und auch schon lange davor. So haben zum Beispiel die ersten Ökonomen, die von Wirtschaftswachstum sprachen, dies nie als ein auf immer gültiges Rezept, sondern als einen vorübergehenden Zustand betrachtet. Die Veröffentlichung von „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome 1972 entfachte eine breite Diskussion. In diesem Zusammenhang tauchte in Frankreich der Begriff „*décroissance*“ (EN: „degrowth“; DE „Ent-Wachstum“, „Wachstumsrücknahme“) immer wieder auf und auch in Deutschland war Wachstumskritik in den 1970er Jahren in der Öffentlichkeit weit verbreitet. Mit dem Ende der Ölkrise und dem sich ausbreitenden Neoliberalismus traten die Diskussionen allerdings in den **1980er und 1990er Jahren**

³ Wiener Zeitung (2018)

⁴ Steffen et al. (2015)

⁵ OECD (2015)

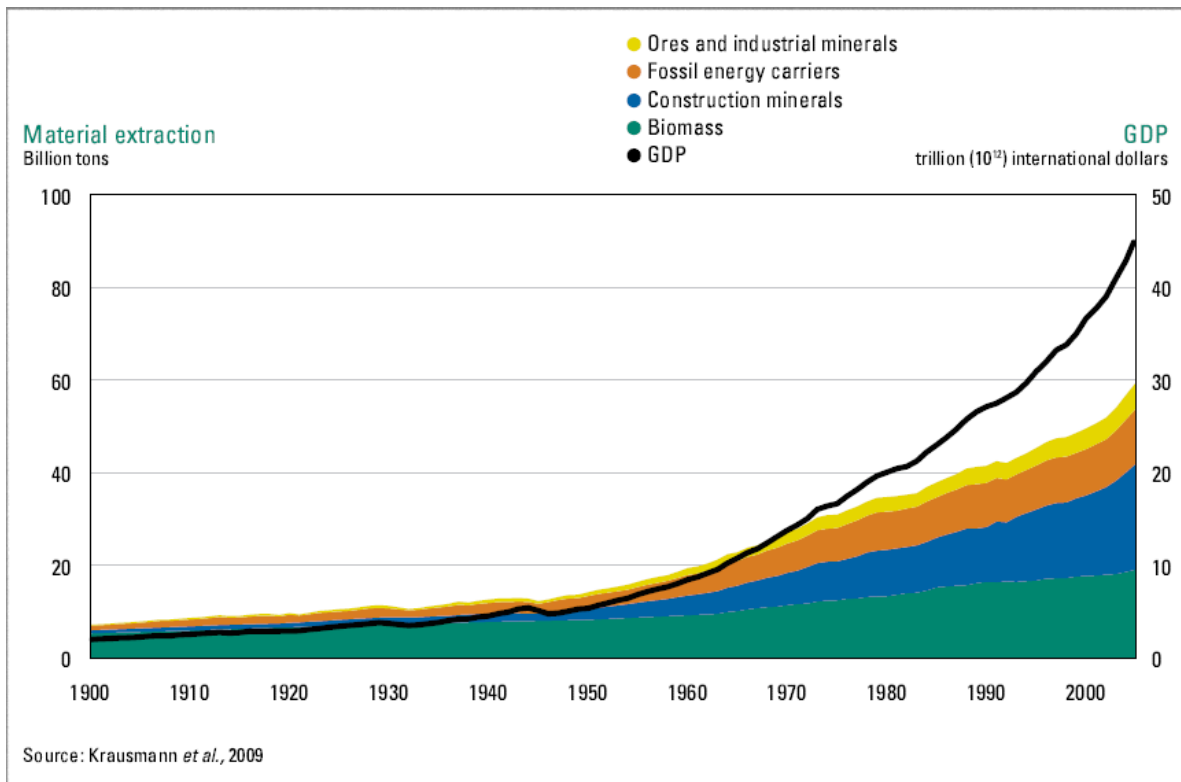


Abbildung 1: Globale Extraktion von Materialien in Milliarden Tonnen und BIP in Trillionen internationalen Dollar, 1900-2005. Quelle: Krausmann et al. (2009) IN: UNEP (2011)

wieder in den Hintergrund. Stattdessen war der Diskurs geprägt von Konzepten der „nachhaltigen Entwicklung“, der „ökologischen Modernisierung“ und von Ideen von „qualitativem“ oder „grünem Wachstum“.

30 Jahre nach der ersten Erwähnung von „décroissance“ formierte sich schließlich **in den 2000er Jahren** die Degrowth-Bewegung in Frankreich aus WissenschaftlerInnen und AktivistInnen, deren Ideen in den Folgejahren auch nach Italien und Spanien überschwappten. 2007 wurde eine akademische Organisation Research and Degrowth (R&D) gegründet, welche seitdem u.a. die internationalen Degrowth-Konferenzen organisiert⁶. In den letzten Jahren ist eine vielfältige akademische und öffentliche Debatte und soziale Bewegung daraus erwachsen. Wesentliche Treiber für das Wiederaufgreifen von Degrowth durch verschiedene soziale Bewegungen waren die Wirtschaftskrise, autoritäre Krisenpolitik seit 2007 und das Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz 2009. Dies war auch der Beginn der Degrowth-Bewegung im deutschsprachigen Raum. Neben Degrowth hat sich im deutschsprachigen Raum auch der Begriff Postwachstum etabliert. Der deutsche Ökonom Niko Paech hat den Begriff der Postwachstumsökonomie 2006 eingeführt.

2018: In den Dialog mit der EU-Politik

Während in den letzten Jahren die Debatte vornehmlich in Wissenschaft und Zivilgesellschaft geführt wurde, wurde letztes Jahr vermehrt versucht einen Dialog mit der EU-Politik herzustellen. Organisiert von Zivilgesellschaft und Mitgliedern des EU-Parlaments⁷ fand im September 2018 die **Post-Growth 2018 Conference** im Europäischen Parlament in Brüssel statt.

Im Vorfeld der Konferenz gab es zudem eine Initiative von 238 Sozial- und NaturwissenschaftlerInnen aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten. In einem **offenen Brief** forderten sie die Europäische Union, ihre Institutionen und Mitgliedstaaten dazu auf, von ihrer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik Abstand zu nehmen. Der offene Brief wurde über 40 Medienkanäle und in 16 Ländern veröffentlicht – im deutschsprachigen Raum in der **ZEIT Online**, **Der Freitag** und **Wiener Zeitung**. In einer **Petition**, organisiert vom European Environmental Bureau (EEB), wurden weitere 90.000 Unterschriften gesammelt und dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission **Frans Timmermans übergeben**.

⁶ Paris 2008, Barcelona 2010, Venedig 2012, Leipzig 2014, Budapest 2016, Malmö 2018, Mexiko-Stadt 2018

⁷ The Greens/EFA, S&D, alde, GUE/NGL und epp

Die WissenschaftlerInnen fordern:

1. Eine Sonderkommission im EU-Parlament einzurichten, die sich mit den Zukunftsperspektiven für eine Zeit nach dem Wachstum (Post-Growth-Futures) befasst.
2. Alternative Indikatoren in den makroökonomischen Rahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten einzubeziehen.
3. Den Stabilitäts- und Wachstumspakt in einen Stabilitäts- und Wohlstandspakt umzuwandeln.
4. Ein Ministerium für wirtschaftliche Transformation in jedem Mitgliedstaat einzurichten.

Implikationen für Umwelt- und Naturschutzpolitik

Die Umwelt- und Naturschutzpolitik hat zwar seit den 1970er Jahren viele Erfolge verzeichnet. Die rasante Zunahme und Intensität globaler Umweltzerstörung durch den Menschen und sein wachstumsorientiertes Wirtschaftssystem verdeutlicht aber, dass die bisherigen Strategien zum Schutze von Umwelt und Natur nicht ausreichend waren. Es sind nicht mehr nur einzelne Produkte oder Praktiken, die eine Bedrohung für Umwelt und Natur sind, sondern die gegenwärtige Lebens- und Wirtschaftsweise. Umwelt- und Naturschutzorganisationen wie etwa der Deutsche Naturschutzring (DNR)

fordern daher eine Neuausrichtung der Umweltpolitik: „Herausforderungen wie Klimawandel, Energiesicherung oder auch Landschaftsverbrauch können nicht isoliert angegangen werden. Wir müssen aus der Umweltpolitik heraustreten und ganz bewusst auch Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Finanzpolitik mitgestalten wollen⁸.“ Mit seinem Arbeitsschwerpunkt „Sozial-ökologische Transformation“ ist der DNR ein wichtiger Akteur in der Vernetzung von wachstumskritischen AkteurlInnen und Projekten in Deutschland.

Auch auf europäischer Ebene hat das Environmental Bureau (EEB) in Brüssel – Dachverband von Umwelt- und Naturschutzorganisationen in ganz Europa – diese Notwendigkeit erkannt und letztes Jahr ein **Postwachstums-Strategiepaper**⁹ beschlossen. Seither arbeitet das EEB an der praktischen Umsetzung dieser Vision – u.a. in Form von einer für seine Mitglieder geschaffenen Arbeitsgruppe „Economic Transition“, der Organisation europaweiter Petitionen oder Veranstaltungen. Das EEB hat beispielsweise zusammen mit dem **EU-Umweltbüro** bei der Wachstum im Wandel Konferenz in Wien (2018), eine Session zum Thema Postwachstum organisiert, wo mit bekannten PostwachstumsexpertInnen wie etwa Kate Raworth (Autorin von „Doughnut Economics“) Hebelpunkte (**„Vienna Vehicles“**) für eine Transition in eine Postwachstumsökonomie diskutiert wurden. Weitere Informationen nachzulesen unter www.eu-umweltbuero.at.

Autorin: Maria Langsenlehner, EU-Umweltbüro

⁸ DNR Deutscher Naturschutzring (2017): Seite 4

⁹ EEB (2018)

Quellen:

- Brand, Ulrich; Krams, Mathias (2019): Zehn Jahre Degrowth: Potenziale und Hürden. Blog Postwachstum. Degrowth Webportal: Eine Geschichte von Degrowth
- DNR Deutscher Naturschutzring (2017): Dem Wachstum entwachsen. Die Herausforderung für Umwelt- und Naturschutz im 21. Jahrhundert. Ein Kompendium der Impulse für NROs.
- Ecomodernism: Ein ökomodernes Manifest.
- EEB (2018): The transition to an economy that cares for people and planet. A strategy for reaching a safe operating space for humanity.
- Ejolt (2019): Externalities.
- Kallis, Giorgos (2018): In Defense of Degrowth: Opinions and Manifestos.
- OECD (2015): In it Together: Why Less Inequality Benefits All. OECD Publishing, Paris. <https://doi.org/10.1787/9789264235120-en>
- Paech, Niko: Grundzüge einer Postwachstumsökonomie. Postwachstumsoekonomie.de
- Schmelzer, Matthias (2014): Gutes Leben statt Wachstum: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. Blog Postwachstum.
- SDG Watch Europe (2018): A positive post-growth future is possible and needed. <https://www.sdgwatcheurope.org/a-positive-post-growth-future-is-possible-and-needed/>
- Steffen et al. (2015): Planetary Boundaries: Guiding human development on a changing planet. Science. Vol. 347 no. 6223.
- UNEP (2011) Decoupling natural resource use and environmental impacts from economic growth, A Report of the Working Group on Decoupling to the International Resource Panel. Fischer-Kowalski, M., Swilling, M., von Weizsäcker, E.U., Ren, Y., Moriguchi, Y., Crane, W., Krausmann, F., Eisenmenger, N., Giljum, S., Hennicke, P., Romero Lankao, P., Siriban Manalang, A., Sewerin, S.
- Wiener Zeitung (2018): Offener Brief von 223 Wissenschaftern*. Es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wachstum zu beenden.